

Verantwortl. Redakteur: R. D. Köhler in Stettin.
Verleger und Drucker: A. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3-4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 M.
vierteljährlich; durch den Verleger ins Haus gebracht
kostet das Blatt 50 Pf. mehr.

Anzeigen: die Zeitzeile oder deren Raum im Morgenblatt
15 Pf., im Abendblatt und Neuenblatt 30 Pf.

Abend-Ausgabe.

Deutschland.

Berlin, 28. Dezember. Zur Reorganisation der preussischen Staatseisenbahn-Verwaltung wird der „Nat.-Ztg.“ aus schuldigen Kreisen vom Rhein geschrieben:

„In den gleichbenannten Artikeln Nr. 599, 601 und 603 der „National-Zeitung“ wurde u. A. angegeben, daß das Signalwesen bei den preussischen Staatseisenbahnen unter der bestehenden baulichen Oberleitung nicht zu ausreichender und sachgemäßer Entwicklung habe gelangen können. Diese Angaben haben durch den ersten Unfall, welcher sich am 17. September d. J. auf der Ringbahn bei Köln ereignete, eine zwar bedauerliche, aber nachdrückliche Bestätigung erhalten. Der Unfall selbst, so weit er hier in Betracht kommt, ist sehr kurz folgender:

Am frühen Morgen des genannten Tages fuhr auf einem am Mitternacht vom Hauptbahnhof abgegangenen Personenzug, welcher in Folge Ziehens der Zugleine vor der Blockstation „Am Gottesweg“ gehalten hatte, ein nachfolgender Güterzug auf. Zum Schutz gegen derartige Unfälle ist bekanntlich bei den preussischen Staatseisenbahnen wie bei vielen anderen Eisenbahnen im In- und Auslande das sogenannte Blocksystem eingeführt, welches darin besteht, daß sich in jedem Streckenabschnitt (Block) zur Zeit immer nur ein Zug befinden darf. Das Signal zur Einfahrt in jeden solchen Abschnitt soll daher einem nachfolgenden Zuge erst gegeben werden, nachdem der vorhergehende denselben verlassen hat. Um die Einhaltung dieser Bestimmung, welche so zu sagen absolute Sicherheit gegen Zusammenstöße auf einander folgender Züge gewährt, zu sichern, sind schon vor Jahrzehnten namentlich seitens der Firma Siemens u. Halske in Berlin Blockapparate hergestellt worden, welche die Signalmänner zu vorbestimmter Bedienung der Signale zwingen. Diese Apparate, welche gleichzeitig die Zugmeldungen durch kurzes Drehen einer Kurbel in schneller und einfacher Weise geben, gewähren somit einen hohen Grad von Sicherheit und sind daher bei der Mehrzahl der preussischen Staatseisenbahnen und vielen anderen längst eingeführt. Der fragliche Unfall ist nun, abgesehen von dem Verschulden der beteiligten Unterbeamten, dadurch möglich geworden, daß die königliche Eisenbahn-Direktion (Innsbrucker) zu Köln derartige Blockapparate bisher nicht eingeführt hat, weil, angeblich nach Ansicht des betreffenden Telegraphen-Inspektors, die gewöhnlichen Morse'schen Schreib-Apparate für den Zugmeldebediensteten ausreichen. Letztere Apparate stehen mit den Signalen in keinem Zusammenhang und geben daher keine Sicherheit für die Einhaltung des Blockabstandes zwischen einander folgenden Zügen. Dagegen erfordert die Ausführung der Zugmeldungen mittels derselben in jedem Falle ein vollständiges Lesefähigkeitsprogramm, wodurch viel Zeit beansprucht und die Signalmänner bei rascher Zugfolge leicht dazu verleitet werden, die Signale für einen folgenden Zug zu geben, ohne die Rückmeldung des vorhergehenden Zuges abzuwarten, oder die Rückmeldung zu geben, ohne der betr. Zug den Block wirklich verlassen hat. Einer dieser Fehler ist im vorliegenden Falle jedenfalls gemacht worden, denn sonst hätte der Güterzug am Eingange der fraglichen Blockstrecke ein Haltesignal vorfinden müssen und wäre, ohne daß die Personenzug gefolgt, gestanden. Der Unfall ist also durch ungenügende Signaleinrichtungen möglich geworden. Daß in den einzelnen Direktions-Bezirken der preussischen Staatseisenbahnen für völlig gleichartige Einrichtungen so verschiedene Signal-Apparate benutzt werden, ist nur dadurch zu erklären, daß es an einer einheitlichen fachverständigen und zielbewußten Überleitung dieses Dienstzweiges im Ministerium der öffentlichen Arbeiten und in den königlichen Eisenbahn-Direktionen fehlt. Die weiter sich aufdringende Frage, welche Oberbeamten der königlichen Eisenbahn-Direktion es zu verantworten haben, daß es veranlaßt wurde, die für die Betriebs-Sicherheit nötigen, seit Jahrzehnten allgemein bekannten Blockapparate einzuführen, erscheint so lange unzulässig, als die früher nachgewiesene thatsächliche Nicht-Verantwortlichkeit der höheren Beamten weiter besteht.

Einen weiteren Beweis für die unzulängliche Organisation des Signalwesens liefert die Verschiedenartigkeit in der Bauart der Zeichensstellwerke bei den preussischen Staatseisenbahnen. Andere Bahnen verwenden für diese Stellwerke ebenso wie bei den meisten anderen Betriebs-Einrichtungen bestimmte Konstellationen, welche den betreffenden Beamten sehr bald in allen Theilen bekannt werden und in Folge Vorhandenseins passender Ergänzungen leicht zu unterhalten sind. Bei den preussischen Staatseisenbahnen ist dies, soweit bekannt, nur im Bezirke der Direktion Eisenberg, der ehemaligen Reichs-Markischen Eisenbahn, der Fall, wo die Zeichensstellwerke unter Leitung meist in technischer Oberbeamten der Hauptwerkstätte Witten hergestellt worden sind. In den übrigen Bezirken findet man vielfach auf jedem Bahnhof eine andere Bauart, wodurch die Anlage und Unterhaltungskosten entsprechend erhöht und die Bedienung erschwert wird. Die unzureichende Urtheilsfähigkeit in diesen Sachen hat die Eisenbahn-Direktionen mehr oder weniger in Abhängigkeit von einer überleitenden Jagd nach Neuerungen und Patenten veranlaßt, deren Kosten schließlich doch die Eisenbahn-Verwaltungen tragen müssen.

Die ungenügende Urtheilsfähigkeit im Signalwesen rührt daher, daß dieser Dienstzweig in der Regel von dantechnisch vorgebildeten Oberbeamten geleitet wird, welchen die nötige spezielle Fachkenntnis und praktische Erfahrung fehlt. Da es sich im Signalwesen überall um Mechanismen handelt, so ist für diesen Dienstzweig eine mechanisch-technische Vorbildung nebst ausreichender praktischer Erfahrung erforderlich. Jedemfalls ist die Neu-Organisation dieses Dienstzweiges im Interesse der Betriebs-Sicherheit und der besseren Ausnutzung der Bahnanlagen dringend erforderlich.

Zur letzten Truppenvereidigung in Potsdam war unter Uebergehung des Hofpredigers von Hofe Dispositionsparater Rogge berufen. Der Erbherr aus diesem Grunde seinen Abschied beantragt. Der „Reichsbote“ theilt jetzt mit, daß Kaiser habe Gelegenheit genommen, auszusprechen, daß er persönlich jene vielbesprochene telegraphische Verurteilung des jungen Dispositionsparaters Rogge zur letzten Truppenvereidigung nicht veranlaßt habe. Das Blatt berichtet weiter: „von Hofe hatte inzwischen seinen Urlaub beendet und auch am ersten Weihnachtstage

wieder die Predigt in der Potsdamer Garnisonkirche gehalten. Das Kaiserpaar wohnte in dem Gottesdienst in der Friedenskirche bei. Man nimmt an, daß v. Hofe eine Entlassung aufrecht erhalten wird. Erklärend sei noch hinzugefügt, daß ihm bereits früher vergeltend Anordnungen der Militärberufsstellung in Straßburg (mit eventueller akademischer Thätigkeit) gemacht worden waren, und daß auch der Plan bestand, die Hofpredigerstelle an der Potsdamer Garnison eingehen zu lassen und sie als einfache Militärkapelle mit einer jüngeren Kraft zu besetzen. Dadurch mildert sich in etwas das Urtheil über die letzten Vorgänge, die trotz dessen keinen guten Eindruck gemacht haben. Die Hauptschuld trägt an ihnen offenbar der Mangel an Personalkenntnis, mit der man erst vor wenig Jahren Herrn v. Hofe aus seinem anders gearteten Königsberger Amte in das Potsdamer berief.“

Die türkischen Regierungskreise haben in neuester Zeit mit gutem Erfolge eine Kette umschifft, welche leicht zu einem Zwischenfalle von internationaler Tragweite hätte auszuwachen können. Der neu ernannte Vertreter der nordamerikanischen Union, Mr. Thompson, erlos nämlich den Anspruch, an Bord eines amerikanischen Kriegsschiffes seinen Einzug durch die Dardanellen, das Marmarameer und den Bosporus zu halten. Auf der hohen Pforte gerieth man ob dieses Antrittsprogramms des nordamerikanischen Gesandten in nicht geringe Verlegenheit, nachdem der Wortlaut der Meerengenkonvention dem Durchgang für fremde Kriegsschiffe formell entgegensteht. Wie nunmehr gemeldet wird, wäre es dem Gesandten der osmanischen Diplomaten gelungen, den amerikanischen Gesandten zu bewegen, daß er, am Eingang in die Meerengen angelangt, das amerikanische Kriegsschiff verläßt und seine Weiterreise bis Konstantinopel an Bord einer kaiserlichen Yacht zurücklegt.

Der Bundesrath beschäftigt sich bekanntlich auf Antrag Bayerns gegenwärtig mit der gesetzlichen Regelung einer Einschränkung des Hausirhandels. Die Gewerbeordnungsnovelle vom 1. Juli 1883 hatte Verfügungen für den Gewerbebetrieb im Umhergehen vorgesehen, jedoch war damit eine Einschränkung des Hausirhandels nicht erreicht. Im Gegentheil, seitdem hat der letztere an Umfang stets zugenommen. Im Jahre 1884 wurden im deutschen Reiche 212,341 Wandergewerbetreibende für Hausirer angestellt, 1885: 215,272, 1886: 219,132, 1887: 220,770, 1888: 222,900 und 1889: 226,511. In diesem verhältnismäßig kurzen Zeitraum hatte sich demnach die Zahl der Hausirer um 6,67 pCt. vermehrt. Die Erweiterung hat sich jedoch nicht etwa gleichmäßig oder annähernd gleichmäßig über sämtliche Einzelstaaten erstreckt. Es giebt vielmehr eine ganze Anzahl Bundesstaaten, in denen die Zahl der Hausirer abgenommen hat, so Baden, Mecklenburg-Schwerin und auch Bayern. In Bayern betrug im Jahre 1884 die Zahl der für Hausirer angestellten Wandergewerbetreibenden 20,668 und 1889 nur 19,131. Dafür hat sich in anderen Bundesstaaten die Hausirerzahl um so stärker vermehrt. In Preußen ist sie in den Jahren von 1884 bis 1889 von 117,570 auf 126,400 oder um 7,6 pCt. gestiegen. Die stärkste Zunahme in der Hausirerzahl hat jedoch von den größeren Bundesstaaten Preußen aufzuweisen. Hier ist die Zahl von 2778 auf 6323 oder um 127 pCt. gestiegen. Heften zunächst kommt Elbsachsen, in welchem 1884 noch 8919, 1889 schon 11,589, d. h. im letzteren Jahre um nahezu 30 pCt. mehr als im ersten Hausirerzählung aus gegeben wurden.

Das Amtsgericht zu Königsbrück in Sachsen hat über das Vermögen des wegen Verschwendung entmündigten Grafen August v. Wilking v. Königsbrück den Konkurs eröffnet. Graf Wilking v. Königsbrück ist Besitzer der Fideikommiß- und Standesherrschaft Königsbrück und des Rittergutes Steinborn und Mitglied der ersten Kammer der sächsischen Ständeverammlung. Vor Jahresfrist wurde er entmündigt; gleichzeitig wurde der Konkurs über sein Vermögen eröffnet, doch bald wieder aufgehoben, nachdem ein Theil der Schulden durch Verwandte gedeckt war. Neuerdings haben Kurator und Familie in dessen für die Ueberzeugung nicht mehr verlässliche können, daß eine Ordnung der Verhältnisse nur auf dem Wege des Konkurses möglich ist. Die Familie hat sich entschlossen, das Fideikommiß aufzugeben, doch kann sie dies nicht ohne Weiteres zur Ausführung bringen, da eine freiwillige Veräußerung nicht möglich ist, während einer Zwangsversteigerung gesetzliche Hinderungsgründe nicht im Wege stehen. Der Grauentitel der Familie datirt erst aus dem Jahre 1857 und ist vom Könige von Sachsen dem Vater des Grafen August verliehen worden. Ein älterer Bruder des Grafen August war früher Offizier in der Garde des Königs beider Sizilien, ist Besitzer einer großen Herrschaft auf der Insel Sizilien und führt den Titel Prince di Raddali, der durch Vererbung auf ihn übergegangen ist.

Am 23. d. M. ist auf seinem Schlosse Buch im Kreise Niederbarnim der Kammerherr und Oberst-Lieutenant z. D. Gustav Graf von Voß im Alter von 70 Jahren gestorben. Sein Tod ist die Folge eines Unfalls; er trat einige Tage zuvor in seinem Forste an Arbeiter heran, die mit dem Fällen von Bäumen beschäftigt waren; ein Baum fiel auf ihn und verletzte ihn so, daß er einige Tage später verschied. Er war Mitglied des aus den über 1300 Hektaren großen gutem Buch- und Wirtshaus bestehenden, wertvollen Fideikommisses, das begründet wurde, als dem Theim des jetzt Verstorbenen 1870 der Grauentitel verliehen worden war. Ein zweites Fideikommiß, das als Sekundogenitur gilt, dessen Nutznießer der verstorbenen Graf in Folge eines Vertrages mit seinem jüngeren Bruder ebenfalls war, liegt in Mecklenburg-Schwerin. Da Graf v. Voß kinderlos war, so erben seine Brüder und deren männliche Nachkommen Fideikommiß und Grauentitel.

Die national-liberale Fraktion des Abgeordnetenhauses hat einen schwerfälligen Verlust erlitten. Gestern starb, wie telegraphisch gemeldet worden, der Kommerzienrath H. J. Wogen, Vorsitzender der Handelskammer in Duisburg, im nahezu vollendeten 70. Lebensjahr. Er gehörte dem Abgeordnetenhaus seit dem Frühjahr 1882 als Vertreter für 5. Duisburg (Eisen, Walzeisen, Duisburg, Ruhrort) neben Dr. Hammacher und von Rosenfeld an und ertrug sich, wenn auch öffentlich wenig hervortretend, durch die Reichthümer seiner Kenntnisse und persönliche Lebenswürdigkeit hohen Ansehens und allgemeiner Be-

liebtheit. Das Mandat dürfte der national liberalen Partei gesichert sein.

Zu der Nachricht der „A. N. R.“, daß von dem Kriegsminister eine ehrengerichtliche Untersuchung gegen den Oberleutnant a. D. Kühne eingeleitet sei, bemerkt die „Freie Ztg.“, daß die Meldung in dieser Form gänzlich irrig sei. Nicht von Seiten des Kriegsministers sei ein Verfahren gegen Oberleutnant Kühne eingeleitet, sondern dieser hat nach Beendigung des Prozesses selbst ein ehrengerichtliches Verfahren gegen sich beantragt. Bis jetzt sei jedoch in dieser Sache nichts erfolgt.

Bei der schlußstatistischen Erhebung vom 25. Mai 1891 ist u. A. die Familienprache der Schüler der niederen Schulen festgestellt worden. Es hat sich hierbei nach der „Stat. Corr.“ ergeben, daß in Preußen von 5,184,283 Schülern der Volls- und Mittelschulen sowie der ihnen gleichstehenden Privatschulen und Anstalten 4,528,336 nur das Deutsche als Familienprache benutzten, während 655,947 Kinder oder rund 12½ Prozent in ihrer Familie entweder nur eine nicht deutsche Sprache oder mit der deutschen zugleich eine nicht deutsche sprachen. Von den 661,455 ausschließlich eine fremde Sprache sprechenden waren 495,023 polnisch, 23,303 dänisch, 12,665 litauisch, 10,488 wendisch, 11,073 sonst slavisch, 3565 russisch, 2762 freisch, 1546 wallonisch und 1030 hatten eine andere Sprache. Unter den 44,492 Kindern, welche außer der deutschen noch eine fremde Sprache als Familienprache hatten, waren 78,665 polnisch, 6891 litauisch, 3094 wendisch u. s. w. Seit 1886 hat die Zahl der ausschließlich eine nicht deutsche Sprache sprechenden Schüler um 2274 abgenommen, die der eine deutsche und eine fremde sprechenden um 2648 zugenommen. Da die Gesamtzahl aller Schüler in diesen 5 Jahren um 102,031 zugenommen hat, ist der Anteil der fremdsprachigen nicht unerheblich geblieben. 1886 sprachen in ihrer Familie nur polnisch 503,064, 1891 noch 498,588 Kinder, dagegen deutsch u. polnisch 1886 72,740, 1891 79,010, nur dänisch 1886 1627, 1891 1883; die Zahl der nur wendisch sprechenden ist von 9961 auf 14,888 gestiegen, auch bei den sonstigen Slaven ist eine kleine Vermehrung eingetreten.

Posen, 27. Dezember. Als Kandidat für die bevorstehende Reichstagswahl im Wahlkreise Dirschau-Verent-Stargard wurde an Stelle des verstorbenen Rittergutsbesizers von Rosowski von den Polen der Rittergutsbesitzer Michael v. Kallstein als Kandidat aufgestellt.

Wittenberg, 25. Dezember. Der Kaiser hat seiner Großmutter, der Königin von England, ein Album mit den 43 großen Photographien, die in seinem Auftrage durch den Hofphotographen Streich von der hiesigen Schlosskirche angefertigt worden sind, zum Weihnachtsgeschenk gemacht.

Hamburg, 27. Dezember. (W. T. Z.) Die „Hamburgische Börse“ meldet: Der heute Vormittag nach Columbia abgegangene Dampfer „Dunbar“ bleibt im Einvernehmen mit den Abfahrtsnachrichten in Kopenhagen liegen, um in Columbia keine Schwierigkeiten zu haben, obgleich nach einer offiziellen Depesche aus Bogota vom 24. d. Mts. die columbianische Regierung die Weiterzahlung der hamburgischen Dankkassen angeordnet hat.

Strasburg, 2. Okt., 27. Dezember. Anlässlich des fünfzigjährigen Jubiläums, welches kürzlich das Diakonissenhaus feierte, hat der Kaiser demselben eine Urkunde von 10,000 Mark überreicht. Die Kaiserin schenkte der Anstalt eine Bibel, der Statthalter der Reichslande, Fürst zu Hohenlohe, spendete 6000 Mark. Das Haus dankt seine Entstehung dem Pfarrer Härter. Die Schwesterzahl ist jetzt auf 200 gewachsen. Die Anstalt hat einen ansehnlichen Grundbesitz. Sie umfasst ein Krankenhaus, ein Pensionat, in welchem gegen 800 Kinder Unterricht und zum größten Theil auch Wohnung haben, eine Dienstmehrschule und eine Krippe. Eine große Anzahl von Schwestern des Hauses arbeitet in der französischen Schweiz. Bei dem in der neuen Kirche abgehaltenen Festgottesdienst hielt Pastor von Vobelschwing eine deutsche, Pastor Tissot aus Neuchâtel eine französische Predigt. Vier der Gefährten des Pfarrers Härter wohnten in rühmlicher Kraft der Festversammlung bei; eine der Schwestern feierte mit der Anstalt zugleich ihr 50jähriges Daseinsjubiläum.

Wien, 25. Dezember. Die deutsche Regierung hat von der französischen die Erlaubnis erhalten, die Ueberreste der Offiziere und Soldaten des preussischen Garde-Grenadier-Regiments Kaiser Alexander, die in der Nähe des Weilers Babonville (Gemeinde St. Al. Al. Frankreich) bestattet sind, sowie das dort zum Gedächtnis der Gefallenen errichtete Denkmal ausgraben und nach Deutschland verfrachten zu lassen. Für den Tag der Ausgrabung, der noch nicht festgelegt ist, wird eine besondere Feierlichkeit geplant.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 27. Dezember. (W. T. Z.) Hier eingegangene Meldungen aus Genua berichten von einem Konflikt an der türkisch-montenegrinischen Grenze, bei welchem Montenegriner einen Mann verlegt wurde. Die türkische und die montenegrinische Regierung hätten eine gemeinsame Spezialkommission mit der Untersuchung des Vorfalles beauftragt.

Wien, 27. Dezember. Der Entwurf eines Programms der Regierung für die Mehrheitsbildung wurde vom Unterrichtsminister Freiherrn v. Gautsich verfaßt, dann von einem Ausschuß, bestehend aus den Ministern Graf Taaffe, Steinbach und v. Gautsich, redigirt und in dieser Fassung vom Ministerrath einstimmig angenommen. Nach offizieller Meldung wird Graf Taaffe Alles aufbieten, um die Verhandlungen mit den Parteiführern zu einem erfreulichen Abschlusse zu bringen, doch werde es dazu allseitiger Mäßigung bedürfen.

Wien, 27. Dezember. Während der nächsten Einzelverhandlung des Budgets wird der Kultusminister Vorlagen über die Gleichberechtigung der israelitischen Konfession und die Einführung allgemeiner Zivildienstpflicht im Reichstage einbringen. Der Primas erklärte, er werde die erste Vorlage vom kirchlichen Standpunkte nicht befürworten; die letztere Vorlage jedoch werden die katholischen Bischöfe aus administrativen Gründen ablehnen.

Krauf, 27. Dezember. Dem „Diemitt

Poljanost“ zufolge sind die Sicherheitszustände im südwestlichen Theile Rußlands sehr traurig. Das Kaiserthum und das russische Gouvernement durchziehen Räuberbanden, die in den Dörfern rauben und mordeten. Die Gutsbesitzer verlangten von Guro Hilfe, bisher erfolglos. Vorgestern Nacht versuchten neuerdings Räuber den Postwagen des Warschauer Personenzuges unweit Lublin zu berauben. Von den Schaffnern verschont, konnten sie bloß 80,000 Rubel mitnehmen.

Berlin, 27. Dezember. (W. T. Z.) Seit dem 22. d. Mts. sind in Baluge (Bezirk Borschg) in drei anderen Ortschaften Galiziens 12 Ertränkungen und 5 Todesfälle in Folge Cholera vorgekommen.

Niederlande.

Amsterdam, 25. Dezember. Die Regierung, sowie die niederländische Presse beschäftigt sich derzeit fast ausschließlich mit den Vorgängen in Nordholland, über die amtliche und nichtamtliche Depeschen berichtet haben. Es handelt sich hierbei weniger um eine sozialdemokratische, als um eine agrarische Bewegung, die in dem unglücklichen Nothlande der ländlichen Arbeiter ihren Grund hat. Die letzteren beziehen wahre Hungerlöhne, etwa 50—60 Cents täglich, und verlangen von den Grundbesitzern und Pächtern eine Vohrerhöhung. In den meisten Dörfern Nordhollands herrscht eine gefährliche Gährung, die bereits arge Gewaltthaten im Gefolge hatte, wie aus den nachfolgend aufgeführten Vorfällen hervorgeht. In der Ortschaft Nieuweba schlugen die streikenden Landarbeiter die Fensterhebel der Bauernhäuser ein, und als die Gendarmerie zur Herstellung der Ruhe herbeieilte, fielen die Arbeiter des Hauses des Bürgermeisters Kooma und des Schöpfers Ten Have in Brand. Gleichzeitig wurde der Pächter des reichen Pächters Klein angezündet. In der Ortschaft Pelt, wo der Schulmeister Woudra eine Rede zu Gunsten des allgemeinen Stimmrechts hielt, kam es zu einem blutigen Zusammenstoß zwischen den Arbeiterführern und den Truppen, wobei ein Arbeiterführer Namens Welken durch einen Schußwund schwer verwundet wurde. Ähnliche Vorgänge spielten sich in den Ortschaften Nieuwewolde, Seemra, Heiligerlee und Westere ab. In den Städten Nieuw-Beerta, Diebom und Deef-Bil waren die aufständischen Arbeiter sogar eine Zeit lang die Herren der Situation. Sie durchzogen, mit Revolvern bewaffnet, die Straßen, erzwangen von den Bauern die Herausgabe von Broden und von den Pächtern die Zulassung einer Vohrerhöhung. Die Regierung hat sich in Folge dieser Vorgänge genöthigt gesehen, militärische Verstärkung nach den bedrohten Landestheilen zu entsenden. Aber damit allein wird dem in Nordholland herrschenden Nothlande nicht abgeholfen werden. Das Parlament muß vielmehr einschreiten, um den armen Landarbeitern in Holland wenigstens über den Winter hinaus einen Unterhalt zu sichern.

Ein interessanter Wahlvorgang spielt sich derzeit in Rotterdam ab, wo es gilt, dem verstorbenen Abgeordneten Rothloof einen Nachfolger zu geben. Rothloof gehörte zu den eifrigsten Stützen des liberalen Ministeriums Taf- van Thienhoven. Bei der Wahl seines Nachfolgers spielte die Frage der von der Regierung vorgelegten Wahlreform die Hauptrolle und die Regierung wandte ihren ganzen Einfluß auf, um einen Anhänger dieser Wahlreform durchzuführen. Der Rotterdammer liberale Verein „Vooruitgang“ (Fortschritt) wählte aber einen Gegner der liberal-ministeriellen Wahlreform, Mobile Blata, zum Kandidaten und brachte somit dem Ministerium Taf- van Thienhoven eine empfindliche Niederlage bei.

Frankreich.

Paris, 25. Dezember. (Kreuz-Ztg.) Der gescheiterte Versuch der französischen Reichthümer, dem Handelsvertrage mit der Schweiz in der Kammer eine Mehrheit zu schaffen, die Ansicht eines Zollkrieges mit einem Nachbarn, den man sich nicht gern verfeindet, die Furcht, er möchte in die Arme Deutschlands getrieben werden, würden zu einer anderen Zeit das größte Interesse erregen haben. Aber die Gedanken sind beim Panamastandal, und zwei Wochen Parlamentsferien dürften kaum ausreichen, um die Gemüther zu beruhigen, und zwar um so mehr, als neue Enthüllungen in Aussicht stehen. Man zerbricht sich den Kopf darüber, wer der große Unbekannte, Herr X. wohl sein mag, dessen Namen Antireur, um sein Pulver nicht auf einmal zu verschleien (vielleicht auch, um seine angeblich von der Regierung geplante Verhaftung zu verhindern und auch aus boshafter Freude an der Tortur), aus dem von ihm dem Untersuchungsanschuß vorgelegten Dokumente ausgeht. Es ist zweifellos, daß dieser Name, ebenso wie die 10 Namen und mehr, die jumeist Mitglieder des Parlaments angehören dürften, über lang oder kurz bekannt werden. Auch dürfte es damit, ja, selbst mit dem Panamastandal nicht abgethan sein. Auch der „Credit financier“ mit den zum Theil aus Parlamentariern zusammengelegten Garantiefonds für seine Emmissionen, auch die „Transatlantische Schiffe“ mit gewissen Verräthern der „franko-egyptischen Gesellschaft“, ferner die Verträge, die mit militärischen Lieferungen getrieben wurden u. s. w. werden voraussichtlich bald zur Sprache gebracht werden. Antireur will nicht eher ruhen und ruhen, als bis er die Auflösung der Kammer und die Revision der Verfassung durchgesetzt hat.

In den Parlamentariern dürfte der Untersuchungsrichter Franquoille, der allen Grund hat, sich zu beeilen, die Hauptrollen spielen, der parlamentarische Ausschuß, welcher der Regierung ein Dorn im Auge ist, dagegen nur eine Nebenrolle. Eine verhältnismäßige Ruhe wird eintreten und vielleicht ist der Augenblick geeignet, um einen Ueberblick auf die Verwicklung zu werfen, die der Panamastandal oder, wie es der „Soleil“ scherzhaft nennt, das Panamit, das mörderische sei, als Panamit, Meintit, Roburit und Panamit zusammen genommen, unter den Großen des Tages bereits angerichtet hat. Raum einer der Regierungen und Mächtigen ist aus der schweren Krise maffios hervorgegangen. Viele sind unmöglich geworden, die ganze Kammer ist diskreditirt, das Kabinett der Parteilichkeit verdächtig, und wenn es nicht, wie alle seine Vorgänger, über die Verträge und Verheißungen der Panama-Angelegenheit die Augen zugeknipft hat, so geschah es nöglich nur deshalb, weil die öffentliche Meinung, Herr Delahaye auf der

Rebnerhöhe des Palais Bourbon und der seine Rühmlichkeit mit seinem Portefeuille bezaubende ehemalige Justizminister Ricard es zum Handeln gezwungen hatten. Aber es verjagte, so lautet die Anklage im Publikum, die Schulbigen und Mächtigen dadurch zu retten, daß es an deren Statt Schindensbünde ausfindig machte. Zuerst die Mitglieder des Verwaltungsrathes, dann zehn Deputirte und Senatoren. Bei dem Kampf zwischen parlamentarischer und richterlicher Gewalt ward Queneau de Laurepaire, der Generalprokurator, gestürzt, erhielt andererseits Herr Briffon, der Präsident des Kammerauschusses, eine Schlappe; mithin wurden beide Theile schwer verletzt und geschwächt. Von den noch am Ruder befindlichen Ministern hat Freynet von seinem guten Rufe vielleicht am meisten eingebüßt; seine Beziehungen zu Cornelius Herz, mit dem er geheime Zusammenkünfte hatte und den er auffallend auszeichnete, erscheinen zum Mindesten verdächtig. Auch das Ansehen Clemenceaus, des Führers der Radikalen, erschien schon vor dem Angriffe De-roulede's erschüttert, umso mehr jetzt. Aus seiner im „Figaro“ veröffentlichten, von ihm zum Theil als richtig bezeichneten Unterredung mit Rochefort, die an dem gedachten Tisch des Herrn Cornelius Herz stattfand, geht klar hervor, daß er mit diesem sehr freundschaftliche Beziehungen unterhält. Die „Estafette“ von Jules Ferry schreibt höflich: „Die strenge, aber gerechte Chronik besetzt Herrn Clemenceau zukünftig die unerbürdliche Freundschaft des Finanziers Cornelius Herz an.“ Die Herren Jules Roche, Deves und andere, kleinere Größen, deren politische Laufbahn wohl für lange Zeit versperrt ist, seien als quantités négligeables bei Seite gelassen. Aber zwei Namen drängen sich unwillkürlich in die Feder: Rouvier und Floquet, der eine ein gestürzter Größe, der andere vielleicht nicht vor dem Sturze stehend. Obgleich ihrem Charakter nach höchst verschieden — der erstere bereicherte sich selbst, der letztere ist persönlich maffios, was auch seine Gegner Ungünstiges von ihm behaupten mögen — haben doch beide das herrschende Regierungssystem am eigenartigsten verkörpert und es mit einer Unbeirrenbarkeit verteidigt, die bezeichnend ist. Rouvier hat es sich zum Verdienst angerechnet, daß er die geheimen Staatsfonds mit Panamageld gefüllt habe, Floquet erklärte, er habe die Vertheilung von Geldern, die also meist aus der Tasche kleiner Sparer kamen, an seine politischen Freunde geleitet und überwacht, was er, beiläufig bemerkt, wenige Tage zuvor von seinem Präsidentenamt herab gelehrt hatte. Es ist anzunehmen, daß er nach dem Wiederauftritt der Kammer bei der Präsidentenwahl unterliegen wird. Aber mit dieser verdienten Strafe ist die Tafel nicht aus der Welt geschafft, daß der zweitgrößte Beamte der Republik gemüthlich an der Spitze jenes Raubsystems gestanden hat, welches darin bestand, Millionen aus der Tasche ehrlicher Arbeiter in diejenige politischer Parassiten zu befördern. Und der Präsident der Republik —? Es fehlt nicht an Angriffen auf ihn, ja selbst auf seine Gattin. Daß er von all den Unterleichen und Schweinereien, zu denen das Panama-Unternehmen Anlaß gegeben hat, nicht längst etwas gemerkt hätte, glaubt Niemand. Antireur giebt nun heute gar zu verstehen, daß zwischen dem Panama und dem Elisee Beziehungen bestanden hätten. Sollte sein Herr X. etwa nicht Herr v. Freynet, sondern gar Herr Carnot sein —? Ich weiß es nicht; jedenfalls ist selbst von seinen Feinden die Lauterkeit des letzteren bisher nicht angezweifelt worden, und es liegt dazu meines Wissens auch jetzt kein hinreichender Grund vor.

Dieser Tage las ich in einer deutschen Zeitung, die Herren Delahaye und Antireur, Mores und Drumont seien auch nur Geschöpfe der modernen kapitalistischen Gesellschaft und der Antisemitismus wolle sich nur dafür rächen, daß man ihn nicht auch mit Panamageld gefüllt habe. Das heißt doch nach Vogel-Strauß-Welt verfahren und die Bedeutung absichtlich verlernen, die der Antisemitismus seit ein bis zwei Jahren in Frankreich erlangt hat. Zuvor war er so schwach vertreten, daß er schwerlich auf die Trümpfe des Herrn von Jepsen rechnen konnte, was übrigens auch gar nicht im Charakter Drumonts liegt, der damals allein in Betracht kam. Der Antisemitismus ist nur deshalb so schnell angewachsen, weil er aus den Bedürfnissen der Zeit hervorgegangen und die natürliche Reaktion gegen jenes kapitalistische Verbrechen ist, dessen widerliche Folgen uns im Panamastandal entgegenstehen. Selbstverständlich sind nicht nur Juden die Schuldigen, aber sie spielen doch eine tonangebende Rolle, zumal auch — als Trümpfe der Vermittler. Herr Josef Reinach, der für sein Blatt, die „Rep. franc.“, vom Credit foncier Hunderttausende von Franken zu erpressen sucht, wird den Glanz der verdorbenen Presse auch nicht gerade erbösen.

Paris, 27. Dezember. (W. T. Z.) Heute fand in der Sorbonne die Feier des siebzehnten Geburtstags Vaillets statt. Der Präsident Carnot, die Minister, das diplomatische Korps, zahlreiche Delegationen und auswärtige Gesandte wohnten der Feier bei. Die Delegationen überreichten Briefe, Adressen und Medaillen. Vaillet dankte insbesondere den auswärtigen Delegationen und gab seiner Ueberzeugung Ausdruck, daß die Wissenschaft und der Frieden triumphiren werden über die Unwissenheit und den Krieg. Die Völker würden sich vereinigen, nicht um zu zerstören, sondern um aufzubauen.

Gabre, 27. Dezember. (W. T. Z.) Der Ausstand der Fabrikarbeiter gilt als beendet.

Italien.

Rom, 27. Dezember. (Berl. Tagebl.) Ich hatte Gelegenheit, die Ansicht des hohen aus dem Gefängnis entlassenen b kannten Kommunalen und Anarchistenführers Pamfilar Cipriani über den Panama-Standal zu hören. Cipriani, dessen gewöhnlicher Wohnsitz Paris ist, leugnet entschieden, daß die französische sozialistische Partei, wie gewisse Blätter berichten, eine Erhebung plane; die Sozialisten und Anarchisten wüßten, daß alle Verurtheilten dieser Art nur der Monarchie zu Statten kämen. Sollten jedoch die reaktionären Elemente aus der trüben Lage der französischen Republik Nutzen ziehen wollen, so würde der Sozialismus zu Gunsten der radikalen Republik in Aktion treten. Was die italienische revolutionäre Partei betrifft, so hält Cipriani dieselbe bei weitem Ansehen ihrer Organisation in zwei Jahren für „aktionsbereit“. (Hat Cipriani diese Kenntniss sich im Gefängnis erworben?)

müssen, aufs strengste eingehalten werden wird